

Uno-Abstimmung

Gezielte Manipulation des Volkes statt freier Willensbildung

Diethelm Raff, Zürich

Manipulation des Volkes - offen deklariertes Ziel des Bundesrates

Die Abstimmung über die Uno ist Teil der Machtpolitik des Bundesrates, die dieser ganz öffentlich betreibt. 430 sogenannte Kommunikationsberater arbeiten jeden Tag nur daran, wie sie die Bürger manipulieren können - und das auf Kosten der Steuerzahler. In einer 74-seitigen Broschüre vom 20. November diesen Jahres erklären die Vertreter der Propagandaabteilungen in Bern ganz offen, wie es der Bundesrat nach dem EWR-Nein von 1992 verhindern will, jemals wieder von den Stimmbürgern an ihren Machtplänen gehindert zu werden. Der Titel der Broschüre ist: „Das Engagement von Bundesrat und Bundesversammlung im Vorfeld von eidgenössischen Abstimmungen“.

Aufhebung der freien Willensbildung in der Schweiz - ein diktatorischer Eingriff

In der Broschüre erklären die Vertreter des „Wahrheitsministeriums“ gemäss SonntagsZeitung vom 25. 11. 2001 genau, wie sie im Namen des Bundesrates uns Bürger manipulieren: Möglichst schon lange vor einer Abstimmung überschwemmen sie die Bürger mit einem sogenannten Informationsteppich. Danach erfasst man mit Meinungsumfragen aufkommenden Widerstände, die nur veröffentlicht werden, wenn sie für die Manipulation dienlich sind. - Deshalb wollte der Bundesrat vor den Bürgern verheimlichen, dass die Unterstützung des Uno-Beitritt mit dem Afghanistan-Krieg massiv gefallen ist. - In der Folge schaltet man dann gezielt andere Meinungen aus. Besonderen Wert legt man dabei darauf, alles in der Schweiz zu kontrollieren, was die Stimmung beeinflussen könnte. Man denkt sich bei noch stärkerer Abwehr gegen den Uno-Beitritt schon aus, den Uno-Generalsekretär Kofi Annan noch einmal in der Schweiz wandern zu lassen und die - willfährigen - Medien damit zu füttern. Statt Argumente liefert der Bundesrat „künstliche Kommunikationsereignisse“ - alles nach der Selbstdarstellung der Propagandaabteilung - weshalb zum Beispiel keine Diskussionsrunden mehr angeboten werden, sondern fröhliche Veranstaltungen, an denen der Bundesrat seine Meinung in lockerer Atmosphäre mit primitiven, oft unlogischen, aber dafür eingängigen Aussagen den Anwesenden einimpft. Der Bundesrat - der eigentlich Vertreter des Volkes sein sollte - sucht sich „Mitkämpfer“, kooperiert auch mit Interessenverbänden. Da die grossen Medien sowieso „die wichtigsten Aussagen der Mitglieder des Bundesrates“, übernehmen, werden vor allem die Lokalredakteure bearbeitet, indem diese zu sogenannten „Hintergrundgesprächen“ mit dem Bundesrat eingeladen werden. Ganz offen liefern diese Manipulatoren eine Erklärung dafür, warum die Medien in den letzten 5 Jahren ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen, den Bürgern alle Informationen, Einwände und Bedenken zu liefern, mit denen sie sich eine eigene Meinung bilden können. Kürzlich hat der Presseverband schon beschlossen, Leserbriefe in allen Medien zu beschränken, wenn sie zu eindeutig der vorgegebenen Meinung widersprechen - man bezeichnet dann den einzig noch möglichen Ausdruck der Meinung im Volk als Leserbriefkampagne.

Sofortiger Rücktritt des Bundesrates!

Der Bundesrat hat diesen Bericht gebilligt und hat damit ganz offen zum Ausdruck gebracht, dass er das Volk wie in jedem autoritären Staat als zu manipulierende Masse ansieht. Die diktatorischen Eingriffe in die freie Meinungsbildung, in die Pressefreiheit, erlauben keine offene

Auseinandersetzung mehr, die Grundlage jeder Demokratie ist. Die Schweizer Bürger sind aber noch Bürger, die selbst denken. Der Bundesrat verliert mit dieser Vorgehensweise seine Legitimität als gewählter Diener für die Aufträge des Volkes. Er muss in Corpore sofort zurücktreten. Wir brauchen eine Volksinitiative, dies ist eine Erkenntnis aus den zurückliegenden Abstimmungskämpfen sowie aus der aktuellen Debatte über den UNO-Beitritt, die dem Bundesrat solche Machenschaften verbietet.

Die Uno-Initiative - ein Produkt der Bürokratie

Die Manipulatoren fragten sich natürlich auch, wie das seit 1998 offen ausgesprochene Legislativziel Uno-Beitritt gegen den Willen der Bürger erzwungen werden könnte. Die Schweiz hat für die Uno eine besondere Bedeutung, weil die in den letzten 10 Jahren neu geschaffene Supervisions-Uno das grösste Interesse daran hat, das alternative Friedensmodell Schweiz auszuschalten. Für die Propagandaabteilungen war es von besonderer Wichtigkeit, dass die Beitrittsforderung aus dem Parlament und besser noch aus dem Volk selbst kommt. Das macht einen besseren Eindruck. Am 18. Juni 1997 sprang dafür GSoA-Gründer Andreas Gross ein und forderte mit einem Postulat vom Bundesrat eine Stellungnahme, die dieser ein Jahr später, am 1. Juli 1998, veröffentlichte: „Der Bundesrat hält fest, dass er das strategische Ziel der Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zum politisch frühestmöglichen Zeitpunkt erreichen möchte (Botschaft über die Volksinitiative vom 4.12.2000, S. 1189). Gleichzeitig hatte man ein überparteiliches Komitee aufgebaut, das gut koordiniert schon kurz nach dieser offiziellen Stellungnahme, am 8. September 1998, eine „Volksinitiative“ lancierte. Der Bundesrat stellte mit Steuergeldern für die Bearbeitung des Volkes eine eigene Abteilung auf - Sektion UNO - mit dem jetzigen Leiter Emanuel Jenni. Die Volksinitiative als Mittel des Volkes zur Kontrolle der Regierenden verkommt damit zu einem Instrument der Herrschenden, die in bestimmten Momenten taktisch eingesetzt wird.

Wie der Bund mit Steuergeldern Unterschriften zusammenbringt

Obwohl das EDA extra mit einer neu gegründeten regelmässigen Gratiszeitschrift - Schweiz Global - nicht nur für die EU, sondern auch für den UNO-Beitritt auf Kosten der Steuerzahler Werbung macht und durch eine penetrante Werbung an Schulen und Weiterbildungseinrichtungen für ihre Propagandavorträge aufhorchen lässt, kamen die notwendigen Unterschriften einfach nicht zustande. Offensichtlich war das Komitee nicht im Volk verankert und entsprach die Initiative keinem Bedürfnis des Volkes. Am 27. Januar 2000, ein Monat vor dem Ablauf der Abgabefrist für die Unterschriften, schrieb die Weltwoche, dass immer noch 20 000 Unterschriften fehlen würden, um sicher 100 000 gültige Unterschriften zustande zu bringen (bei normalerweise mindestens 10% ungültigen Unterschriften). Der UNO-Beitritt musste aber dem Volk aufgezwungen werden. Die Weltwoche berichtet, dass Emanuel Jenni - ausdrücklich in seiner Funktion als hoher Beamter -verwaltungsintern Unterschriften zusammengetrieben hat. Er schrieb zugegebenermassen an Hunderte von Bundesbeamten- wahrscheinlich aber an viel mehr: „Als Leiter der Sektion UNO arbeite ich mit meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen an der vordersten Verwaltungsfrent an der Umsetzung dieses Bundesratszieles“. Er regte auch an „die Lieben zu Hause sowie Freunde und Bekannte an der Aktion teilnehmen zu lassen“ und ihm die Unterschriften zuzustellen. Er werde sie selbst weiterleiten. Das bedeutet, dass ein Chefbeamter mit Steuergeldern Unterschriften einsammelte und zwar bei Beamten, die ihm zum Teil unterstellt sind, und andere, die ihren Lohn vom Bund erhalten und kontrollierbar ist, wer unterschrieben hat und wer nicht. Kann man da noch von einer freien Entscheidung sprechen? Es stellt sich die Frage, ob es sich dabei nicht um Nötigung handelt. Zudem ist es ein Verhöhnung des Volkswillens, wenn der Bund mit Steuergeldern Unterschriften sammelt, um behaupten zu können, bei den Zielen der Bürokraten handle es sich um eine Volksinitiative. Wenn man heute von gültigen 125 000 Unterschriften bei der Uno-Initiative spricht, so bedeutet das, dass die Bundesverwaltung und die Helfershelfer innerhalb von einem Monat mit diesen Methoden mindestens 40 000 Unterschriften eingetrieben haben.

Was treibt die Bundesräte zum Verrat des Friedensmodells Schweiz?

Jedenfalls ist das Begehren offensichtlich nicht eine Volksinitiative, sondern von Bundesbern erzwungen. Es stellt sich die Frage, ob die Bundesräte das Friedensmodell Schweizer Demokratie deshalb aushebeln, weil sie persönlich mehr Macht wollen, ob sie ideologische Gründe haben, der globalisierten Wirtschaft zudienern oder dem Druck der Grossmächte mit ihren Plänen zur Neukolonisierung der Länder mit Protektoraten nachgeben, die keine starke, neutrale Willensnation mit hohem internationalem Ansehen brauchen können.

Zürich, 30. November 2001